

Antrag der SPD-Fraktion zur Schulsozialarbeit (gestellt auf der öffentlichen GR-Sitzung am 23.06.2009)

Eine Vorlage der Verwaltung schlug die Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle für das Schulzentrum Walldorf vor, die auf ein Jahr befristet ist. Sie soll mit dem „Internationalen Bund“ als Vertragspartner realisiert werden. Hier die Stellungnahme der SPD-Fraktion und ihr Antrag:

Unbestritten ist der zunehmende Bedarf an den Schulen des gesamten Landes für Schulsozialarbeit – eine sozialpädagogische Arbeit, die nicht von den Lehrern geleistet werden kann. Soziale und gesellschaftliche Veränderungen in den Familien machen das nötig, und es sind alle Schularten betroffen. Natürlich ist jeder Schultyp vor unterschiedliche Probleme gestellt. Es ist auch Konsens unter den Fachleuten und Eltern – und so ist die von uns geforderte standort-spezifische Schulsozialarbeit anzustreben, die wir in einer schriftlichen Stellungnahme zu dem Thema bereits Ende letzten Jahres gefordert haben. Für das Schulzentrum sind die vielschichtigen Ursachen in dem Antrag des Schulzentrums umfänglich dargestellt.

Die SPD spricht sich einstimmig für die Einrichtung einer ganzen Stelle am Schulzentrum aus, wobei mit den Schulen die Verteilung der Stunden und thematischen Schwerpunkte sowie die Option von zwei halben Stellen geklärt werden sollte.

Folgende Gründe sind bei dieser Entscheidung ausschlaggebend.

1. Die Maßnahme ist wichtig, um die Bildungsmöglichkeiten für alle unsere Kinder zu optimieren und um gezielte Hilfen anzubieten wo nötig.
2. Trotz Sparmaßnahmen befürworten wir diese freiwillige Maßnahme, da sie nachhaltig ist und der Gesellschaft Folgekosten spart, die man beziffern könnte. Nur wagt sich hier niemand an eine Bilanz - die z.B. im Bauwesen Gang und Gebe ist. Schulen tragen unsere gesellschaftliche Zukunft, wie der Straßenuntergrund das Pflaster trägt – und dass weiß jeder – wer am Straßenuntergrund spart, zahlt hinterher doppelt und dreifach.
3. Wir gehen in Vorleistung, da das Land die Erkenntnis nicht finanziell umsetzt – wir gehen in Vorleistung, weil wir hier gesellschaftliche Priorität setzen – auch wenn leider keine Ko-Finanzierung mit den Nachbargemeinden, die einen nicht unerheblichen Teil der Schüler im Schulzentrum stellen, zustande kam.
4. Sollte Walldorfs wirtschaftliche Situation schlecht werden, ist jederzeit ein Rücktritt möglich, da wir keine Stellen in der Verwaltung neu schaffen werden, die auf Dauer gebunden wären. Dies ist hier in der Diskussion für uns ein ganz wichtiger Aspekt.
5. Wir können also der Vorlage im Prinzip zustimmen, sehen aber eine Laufzeit von zunächst einem Jahr als zu kurz an. Stattdessen beantragen wir die Bereitstellung von Mitteln für zunächst 2 Jahre mit folgender Begründung. Drei bis vier Monate wird es mindestens dauern, bis die standortspezifischen Konzeption jeweils umgesetzt ist und die vertrauensvolle Zusammenarbeit greift, 1 Jahr Erfahrungen sollte man evaluieren, dann kann nach anderthalb Jahren auf Grundlage des Berichtes über Weiterführung beraten werden.

Schulsozialarbeit als Freiwilligkeitsleistung der Kommune ist nicht neu in Walldorf. Herr Bugert arbeitet seit Jahren sehr erfolgreich in der Wald- und Sambugaschule. Dass es aber Grenzen gibt, bis zu denen nachhaltige Arbeit möglich ist, wenn Schulsozialarbeit als sozialpädagogische Intensivhilfe für sozial benachteiligte bzw. individuell beeinträchtigte Schüler und deren Familien erfolgt, dem Hauptaspekt der Tätigkeiten von Herrn Bugert an der Waldschule, sieht man. Diese Grenzen sehen wir jüngst durch die Aufteilung von Herrn Bugert auf drei Schulen. Dies ist hinlänglich im Sozialausschuss diskutiert worden und auch von den Elternvereinen zu Recht kritisiert worden. Die Situation bekommt eine besondere Schärfe durch die Entscheidung an der Waldschule in den Ganztagesbetrieb zu wechseln – die Reduktion der Schulsozialarbeit an der Waldschule muss rückgängig gemacht werden.

Die SPD beantragt deshalb hiermit die Einrichtung einer weiteren halben Stelle, die an der Schillerschule angesiedelt werden muss. Der Bedarf dort ist unumstritten. Es handelt sich für uns also um insgesamt 1,5 nötige Stellen.

Denn, Zitat der Verwaltungsvorlage, „wenn man diese Dreiteilung wieder aufhebt ergibt sich in der Konsequenz ein realistischer Bedarf – ohne die Größenordnung festzulegen - im Bereich Schillerschule“.

Wir legen mit unserem Antrag die Größenordnung fest. Die Verhandlungen sollten also mit dem Vertragspartner gleich auf 1,5 Stellen ausgeweitet werden, sodass die Maßnahme an Schulzentrum und Schillerschule zum neuen Schuljahr starten kann. Was den Vertragspartner angeht, können wir hier dem Verwaltungsvorschlag aus den erwähnten Gründen, Erfahrung und Ressourcen des Anbieters, folgen und den Internationalen Bund wählen.

Der Antrag der SPD lautet folgendermaßen: *Einrichtung von 1,5 Stellen Schulsozialarbeit ab Schuljahr 2009/10 auf zunächst 2 Jahre mit nach Schulen getrennter Evaluierung nach ca. 1,5 Jahren.*

Es entsteht ein zusätzlicher jährlicher Finanzierungsbedarf von ca. 27.000€ für die halbe Stelle. Folgende exemplarische Rechnung zeigt, wie der Bedarf gedeckt werden könnte. 4.000 werden als Zuschüsse vom Land getragen. Bleiben 23.000€. Wir haben großes Stromsparpotential z.B. im Bereich der Schulen. Wenn man nur an der Realschule und am Gymnasium die Stromkosten um 10%, ein realistischer Wert, reduzieren würde, wären das 13.000€ pro Jahr. Rest 10.000€. Von den 60.000€, die für die Weihnachtsbeleuchtung im Haushalt veranschlagt sind, könnten wir – so meine persönliche Meinung - auch mit 50.000 € auskommen. Die Rechnung ist nur exemplarisch und zeigt, dass man die Posten im Verwaltungshaushalt finden könnte, um die Schulsozialarbeit zu kompensieren.